Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/4393

17. 04. 96

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Ingomar Hauchler, Brigitte Adler, Robert Antretter, Klaus Barthel, Ingrid Becker-Inglau, Hans Berger, Rudolf Bindig, Anni Brandt-Elsweier, Dr. Eberhard Brecht, Hans Martin Bury, Karl Diller, Dr. Marliese Dobberthien, Freimut Duve, Petra Ernstberger, Gabriele Fograscher, Dagmar Freitag, Arne Fuhrmann, Norbert Gansel, Uwe Göllner, Günter Graf (Friesoythe), Achim Großmann, Klaus Hagemann, Manfred Hampel, Christel Hanewinckel, Reinhold Hemker, Monika Heubaum, Jelena Hoffmann (Chemnitz), Ingrid Holzhüter, Barbara Imhof, Ilse Janz, Dr. Uwe Jens, Volker Jung (Düsseldorf), Sabine Kaspereit, Ernst Kastning, Hans-Peter Kemper, Klaus Kirschner, Siegrun Klemmer, Dr. Hans-Hinrich Knaape, Fritz Rudolf Körper, Thomas Krüger, Eckart Kuhlwein, Konrad Kunick, Brigitte Lange, Waltraud Lehn, Dr. Elke Leonhard, Christa Lörcher, Dorle Marx, Christoph Matschie, Markus Meckel, Ulrike Mehl, Herbert Meißner, Ursula Mogg, Siegmar Mosdorf, Christian Müller (Zittau), Volker Neumann (Bramsche), Dr. Edith Niehuis, Dr. Rolf Niese, Dr. Willfried Penner, Dr. Martin Pfaff, Rudolf Purps, Hermann Rappe (Hildesheim), Bernd Reuter, Reinhold Robbe, Dieter Schanz, Gudrun Schaich-Walch, Dieter Schloten, Günter Schluckebier, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Dagmar Schmidt (Meschede), Regina Schmidt-Zadel, Dr. Emil Schnell, Gisela Schröter, Dr. Mathias Schubert, Dr. R. Werner Schuster, Dr. Angelica Schwall-Düren, Ernst Schwanhold, Lisa Seuster, Johannes Singer, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast, Dr. Dietrich Sperling, Antje-Marie Steen, Dr. Peter Struck, Joachim Tappe, Margitta Terborg, Uta Titze-Stecher, Adelheid Tröscher, Hans Georg Wagner, Hans Wallow, Dr. Konstanze Wegner, Wolfgang Weiermann, Matthias Weisheit, Gunter Weißgerber, Hildegard Wester, Helmut Wieczorek (Duisburg), Dr. Wolfgang Wodarg, Verena Wohlleben, Hanna Wolf (München), Siegfried Vergin, Ute Vogt (Pforzheim), Karsten D. Voigt (Frankfurt), Josef Vosen, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Jochen Welt, Dieter Wiefelspütz, Dr. Christoph Zöpel, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Entwicklungspolitische Folgerungen aus der Internationalen Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung ICPD 1994 in Kairo

Auf der VN-Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) im September 1994 in Kairo wurde ein Aktionsplan für Bevölkerungspolitik verabschiedet, dem neben der Bundesrepublik Deutschland fast alle Staaten der Welt zugestimmt haben. Die VN-

Generalversammlung hat dem Kairoer ICPD-Aktionsplan am 19. Dezember 1994 zugestimmt.

Die Bundesregierung hat sowohl in ihrem Bericht über die ICPD wie auch in anderen Äußerungen die Verabschiedung des Aktionsplanes und die darin enthaltenen Empfehlungen ohne Einschränkungen positiv und als Erfolg bewertet.

Die zentralen Empfehlungen des Aktionsplans beinhalten Maßnahmen für „Empowerment of Women", reproduktive Gesundheit und Familienplanung, zu Jugendlichen, zu Migration, Einbindung von Nichtregierungsorganisationen und Privatwirtschaft sowie Finanzierungsfragen. Sie basieren auf dem Gedanken, daß Bevölkerungs-, Umwelt- und Entwicklungspolitik für eine nachhaltig tragfähige Entwicklung in interdependentem Zusammenhang stehen.

Entscheidender neuer Ansatzpunkt der Empfehlungen des Kairoer Aktionsplans ist, den einzelnen Menschen als Träger von Entwicklung in den Vordergrund zu rücken und „Investitionen in Menschen" – z. B. in Bildung, Gesundheit, Ernährung, Rechtssicherheit und Gleichstellung – sowie die Erfüllung ihrer subjektiven Bedürfnisse als wichtigste Bestandteile einer globalen Weltbevölkerungspolitik zu empfehlen.

Zum „Kernpaket" der empfohlenen spezifisch bevölkerungspolitischen Maßnahmen enthält der Aktionsplan eine Kostenschätzung von 17 Mrd. US-Dollar pro Jahr im Jahr 2000. Die damit zu finanzierenden Maßnahmen sind dem Aktionsplan zufolge

- Familienplanung (10,2 Mrd. US-Dollar),
- ergänzende Dienstleistungen der reproduktiven Gesundheit (5 Mrd. US-Dollar),
- Prävention von Geschlechtskrankheiten und HIV-Infektionen (1,3 Mrd. US-Dollar) sowie
- begleitende Forschung (0,5 Mrd. US-Dollar).

Nach dem Jahr 2000 wird dem Aktionsplan zufolge die Höhe der erforderlichen Aufwendungen – schon wegen der Bevölkerungszunahme – weiter steigen.

Diese Kostenschätzung allein für die Verwirklichung dieses „Kernpakets" bedeutet, daß im Jahr 2000 das Dreifache dessen, was heute weltweit für bevölkerungspolitische Entwicklungsmaßnahmen aufgewendet wird, vorgesehen werden muß. Die erforderlichen Mittel sollen dem Kairoer Aktionsprogramm zufolge zu einem Drittel (5,7 Mrd. US-Dollar pro Jahr) von den sogenannten „Geberländern" aufgebracht werden. Auf Deutschland entfällt entsprechend seinem Bruttosozialprodukt ein Anteil von jährlich 540 Mio. US-Dollar im Jahr 2000, davon 325 Mio. US-Dollar für Förderung der Familienplanung.

Der Deutsche Bundestag hat in seinem interfraktionellen Beschluß zur Bevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen die Bundesregierung aufgefordert, das Abschlußdokument und den Aktionsplan der ICPD 1994 umzusetzen und dem Parlament zu berichten (Drucksache 12/8162 vom 29. Juni 1994).

Deshalb fragen wir die Bundesregierung:

I. *Bilaterale Umsetzung des Aktionsplans von Kairo für den entwicklungspolitischen Bereich*

1. Empowerment of Women

   a) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung im einzelnen in den Jahren 1995 und 1996 ergriffen bzw. geplant, um die Frauen in Entwicklungsländern zu unterstützen und zu stärken, und zwar aufgelistet nach Art, Ort, Umfang, Zeitdauer der Maßnahmen?

   b) Wo sind Verbesserungen in der Unterstützung des „Empowerment of Women" im Vergleich zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung vor der ICPD klar erkennbar und nachweisbar?

   c) Wie sieht die Planung bis zum Jahr 2000 aus?

   d) Aus welchen Einzelplänen werden die Maßnahmen finanziert; wo gab es Erhöhungen, Kürzungen und Umschichtungen bzw. wo sind solche geplant?

2. Reproduktive Gesundheit und Familienplanung

   a) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung im einzelnen in den Jahren 1995 und 1996 ergriffen bzw. geplant, um entsprechend dem Aktionsplan und dem Ergebnis des Treffens der Geberstaaten vom 12. bis 14. Juni 1995 in New York reproduktive Gesundheit und Familienplanung im größtmöglichen Umfang zu erreichen, und zwar aufgelistet nach Art, Ort, Umfang, Zeitdauer der Maßnahmen?

   b) Wo sind Verbesserungen bei der reproduktiven Gesundheit und bei der Unterstützung der Familienplanung im Vergleich zur Entwicklungspolitik vor der ICPD klar erkennbar und nachweisbar?

   c) Wie sieht die Planung bis zum Jahr 2000 aus?

   d) Aus welchen Einzelplänen werden die Maßnahmen finanziert; wo gab es Erhöhungen, Kürzungen und Umschichtungen bzw. wo sind solche geplant?

   e) In welchem Umfang hat die Bundesregierung bislang im Rahmen der Entwicklungspolitik gesundheits- und entwicklungspolitische Programme gefördert, die zu einer besseren gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung vor Ort führen und durch spezifisch angebotene Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen Krankheiten verhindern?

   f) Welche frauenspezifischen präventiven und gesundheits-therapeutischen Gesundheitsversorgungsmaßnahmen hat die Bundesregierung im einzelnen im Rahmen der Entwicklungspolitik gefördert, unterstützt, initiiert, die durch Stärkung der gesellschaftlichen und ökonomi-

schen Stellung der Frauen deren Rolle als Vermittlerinnen und Mulitplikatorinnen gesundheitlichen Verhaltens stützen und fördern?

3. Jugendliche

   a) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung im einzelnen in den Jahren 1995 und 1996 ergriffen bzw. geplant, um die fehlende Aufklärung von Jungen und Mädchen zu ändern und somit vor allem ungeplante Schwangerschaften minderjähriger Mütter zu verhindern, und zwar aufgelistet nach Art, Ort, Umfang, Zeitdauer der Maßnahmen?

   b) Wo sind Verbesserungen in der Unterstützung der Jugendlichen im Vergleich zur Entwicklungspolitik vor der ICPD klar erkennbar und nachweisbar?

   c) Wie sieht die Planung bis zum Jahr 2000 aus?

   d) Aus welchen Einzelplänen werden die Maßnahmen finanziert; wo gab es Erhöhungen, Kürzungen und Umschichtungen bzw. wo sind solche geplant?

4. Migration

   a) In welcher Weise und durch welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung 1995 dazu beigetragen, die Ursachen von Flucht und Vertreibung zu bekämpfen?

   b) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung 1995 und 1996 ergriffen und geplant, um entsprechend dem Aktionsplan von Kairo eine Rückkehr von Migrantinnen und Migranten zu fördern?

5. Nichtregierungsorganisationen

   a) Welche Nichtregierungsorganisationen wurden bisher in die Umsetzung des Aktionsplans von Kairo eingebunden?

   b) Wird die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen, die in der Bevölkerungspolitik arbeiten, finanziell unterstützt, und wenn ja, in welcher Höhe und unter welchen Voraussetzungen?

   c) Welche weiteren Maßnahmen sind geplant?

6. Privatwirtschaft

   a) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um der Empfehlung des Aktionsplans von Kairo, mit der Privatwirtschaft zusammenzuarbeiten und sie bei der Umsetzung des Aktionsplans einzubinden, gerecht zu werden?

   b) Welche weiteren Maßnahmen sind geplant?

II. Multilaterale Umsetzung des ICPD-Aktionsplans

7. Welche Finanzmittel hat die Bundesregierung 1995 und 1996 für welche internationalen Organisationen zur Verfügung gestellt bzw. eingeplant, um die Empfehlungen des Kairoer Aktionsplans umzusetzen?

8. Welche Projekte und Maßnahmen zur Umsetzung des Aktionsplans werden auf Initiative der Bundesregierung im internationalen Rahmen durchgeführt bzw. geplant?

9. Welchen Einfluß nimmt die Bundesregierung auf den Einsatz der Mittel und auf die Umsetzung des ICPD-Aktionsplans auf internationaler Ebene?

III. Finanzierung

10. Erkennt die Bundesregierung die Verpflichtung an, sich mit den anderen „Geberländern" zu einem Drittel an den geschätzten weltweiten Kosten von jährlich 17 Mrd. US-Dollar im Jahre 2000 zur Umsetzung der bevölkerungspolitischen Maßnahmen des Aktionsplans der ICPD 1994 in Kairo zu beteiligen?

11. Welche mittelfristigen Auswirkungen hat eine solche Verpflichtung für den Finanzplan des Bundes?

12. Welche bevölkerungspolitischen Maßnahmen zur Umsetzung des Aktionsplanes der ICPD hat die Bundesregierung in den Jahren 1995 und 1996 gefördert bzw. eingeleitet?

13. Welche finanziellen Mittel sind in den Haushalten 1995 und 1996 für die Umsetzung des Aktionsplanes eingestellt worden?

14. Wenn keine Erhöhung im Haushalt erfolgte, wo fanden Umschichtungen zugunsten der bevölkerungspolitischen Maßnahmen statt?

IV. Follow up der Weltbevölkerungskonferenz 1994

15. Wie und durch wen werden entwicklungspolitische Belange der Bundesregierung und der Bundesrepublik Deutschland in der für die Unterstützung der Umsetzung der Beschlüsse von Kairo benannten „Commission on Population and Development" (CPD) vertreten?

16. Wie ist der Kontakt der Bundesregierung zur „Task Force on ICPD Implementation" des UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA)?

17. Auf welche Weise unterstützt die Bundesregierung die Berichte der Task Force an den Wirtschafts- und Sozialrat der VN (ECOSOC) und die VN-Generalversammlung über die Umsetzung des Aktionsplans in den einzelnen Ländern?

18. Welche Treffen internationaler Gremien haben nach der ICPD 1994 zu Fragen der Bevölkerungspolitik und nach-

haltiger Entwicklung stattgefunden, und durch wen wurde die Bundesregierung vertreten?

19. Wen wird die Bundesregierung als Vertreter/Vertreterin der Bundesrepublik Deutschland 1996 für die Wahl der Kommissionsmitglieder der „Commission on Population and Development" (CPD) vorschlagen und warum?

20. Welche weiteren personellen Änderungen oder Ergänzungen stehen demnächst in den für das ICPD-Follow up zuständigen internationalen Gremien an, und welche Personen werden dafür von der Bundesregierung vorgeschlagen?

21. a) Wie ist der Stand der Vorbereitungen zu einer internationalen Konferenz in Hannover 1999 im Vorfeld der EXPO 2000 über die Umsetzung des Kairoer Aktionsplans, die im Dezember 1995 von Vertretern des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dem UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) und der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung verabredet wurde?

    In welcher Weise und welchem Umfang beabsichtigt die Bundesregierung, die Vorbereitung dieser Konferenz, soweit diese von Nichtregierungsorganisationen geleistet wird, zu unterstützen?

    b) Sind seitens der Bundesregierung noch andere Maßnahmen geplant, um den ICPD-Folgeprozeß im Rahmen der EXPO 2000 zu thematisieren, und ist dafür eine Einbindung und Förderung von Nichtregierungsorganisationen vorgesehen?

Bonn, den 17. April 1996

Dr. Ingomar Hauchler
Brigitte Adler
Robert Antretter
Klaus Barthel
Ingrid Becker-Inglau
Hans Berger
Rudolf Bindig
Anni Brandt-Elsweier
Dr. Eberhard Brecht
Hans Martin Bury
Karl Diller
Dr. Marliese Dobberthien
Freimut Duve
Petra Ernstberger
Gabriele Fograscher
Dagmar Freitag
Arne Fuhrmann
Norbert Gansel
Uwe Göllner
Günter Graf (Friesoythe)
Achim Großmann
Klaus Hagemann
Manfred Hampel
Christel Hanewinckel
Reinhold Hemker
Monika Heubaum
Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Ingrid Holzhüter
Barbara Imhof
Ilse Janz
Dr. Uwe Jens
Volker Jung (Düsseldorf)
Sabine Kaspereit
Ernst Kastning
Hans-Peter Kemper
Klaus Kirschner

Siegrun Klemmer
Dr. Hans-Hinrich Knaape
Fritz Rudolf Körper
Thomas Krüger
Eckart Kuhlwein
Konrad Kunick
Brigitte Lange
Waltraud Lehn
Dr. Elke Leonhard
Christa Lörcher
Dorle Marx
Christoph Matschie
Markus Meckel
Ulrike Mehl
Herbert Meißner
Ursula Mogg
Siegmar Mosdorf
Christian Müller (Zittau)
Volker Neumann (Bramsche)
Dr. Edith Niehuis
Dr. Rolf Niese
Dr. Willfried Penner
Dr. Martin Pfaff
Rudolf Purps
Hermann Rappe (Hildesheim)
Bernd Reuter
Reinhold Robbe
Dieter Schanz
Gudrun Schaich-Walch
Dieter Schloten
Günter Schluckebier
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Dagmar Schmidt (Meschede)
Regina Schmidt-Zadel
Dr. Emil Schnell
Gisela Schröter
Dr. Mathias Schubert
Dr. R. Werner Schuster
Dr. Angelica Schwall-Düren
Ernst Schwanhold
Lisa Seuster
Johannes Singer
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast
Dr. Dietrich Sperling
Antje-Marie Steen
Dr. Peter Struck
Joachim Tappe
Margitta Terborg
Uta Titze-Stecher
Adelheid Tröscher
Hans Georg Wagner
Hans Wallow
Dr. Konstanze Wegner
Wolfgang Weiermann
Matthias Weisheit
Gunter Weißgerber
Hildegard Wester
Helmut Wieczorek (Duisburg)
Dr. Wolfgang Wodarg
Verena Wohlleben
Hanna Wolf (München)
Siegfried Vergin
Ute Vogt (Pforzheim)
Karsten D. Voigt (Frankfurt)
Josef Vosen
Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Jochen Welt
Dieter Wiefelspütz
Dr. Christoph Zöpel
Rudolf Scharping und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333